

## **Information über die Sitzung des Rats für Kriminalprävention am 16.12.2004**

### ***Beratungsangebote durch die Kriminaldirektion Ludwigshafen am Rhein***

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich der Rat zunächst mit dem Thema Prävention für Senioren befassen soll (Aufklärung und Beratung der Senioren) und anschließend im Jahr 2005, wenn die aktuellen Kriminalitätsdaten vorliegen, sich mit diesen Problemen beschäftigt.

Der Rat teilt diese Ansicht und Herr Fritz Walser von der Kriminaldirektion Ludwigshafen informiert über die Arbeit und den Stand der Kriminalprävention im Bereich der Senioren.

Der Rat kommt zu dem Ergebnis, dass den Senioren die Möglichkeit gegeben werden soll, sich über präventive Maßnahmen zu informieren (öffentliche Einladung zu Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen).

### **Suchtprävention; Alkopops**

Zum Thema Alkopops informiert der Vorsitzende den Rat über die Problematik des Verzehrs von Alkopops und über die präventiven Maßnahmen gegen den Missbrauch von Alkopops.

Insbesondere macht er den Rat darauf aufmerksam, dass der Missbrauch durch Jugendliche um 50% gestiegen sei. Er weist darauf hin, dass zum 01.01.2005 ein neues Jugendschutzgesetz in Kraft tritt, das einen besseren Schutz der Jugendlichen speziell im Bereich Alkopops bieten soll. Herr Walser informiert darüber, dass es ein Projekt „Mondlandung“ in Zusammenhang mit der Problematik Alkohol gibt.

Der Rat einigt sich darauf, dass die Verwaltung ab dem 01.01.2005 verstärkt Kontrollen bei der Abgabe von Alkopops durchführen soll.

### **Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen**

Erster Beigeordneter Konrad Heller und Ausschussmitglied Dr. Ingo Preuss (FWG) bitten die Anwesenden um Unterstützung im Kampf gegen den Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen. Ausschussmitglied Uwe Stein (PI Schifferstadt) teilt mit, dass der Vandalismus in Mutterstadt im normalen Bereich liegt. Ausschussmitglied Manfred Holzschuh (CDU) führt aus, dass der derzeitige Vandalismus von bereits verurteilten Tätern begangen werde, die in nächster Zeit ihre Haftstrafen antreten würden.

Der Rat einigt sich darauf, dass man gemeinsam mit der Verwaltung eine Lösung des Problems anstrebt.